Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/Die Grünen
Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Telefon: 0911/ 231-5091
Telefax: 0911 / 231-2930
e-Mail: gruene@stadt.nuernberg.de

Grüne

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90317 Nürnberg

Stadtrat Nürnberg
z. H. Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
20. JAN. 2007 / ..... Nr. .....
SRD
Zur Kts.
3 Zur Stellungnahme
4 Antwort vor Absendung vorlegen
5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

23.1.2007

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

trotz vieler Proteste wurde im Dezember 2006 der 21-jährige Samir Zazay aus Nürnberg nach Afghanistan abgeschoben. Samir Zazay kam mit 14 Jahren alleine nach Nürnberg und hat sich trotz seiner schwierigen Vorgeschichte gut integriert und eine Berufsausbildung abgeschlossen. In Afghanistan herrschen zunehmend chaotische bis bürgerkriegsähnliche Zustände, so dass eine Reihe von Städten und Bundesländer gegenwärtig nicht nach Afghanistan abschieben. Aus verlässlicher Quelle haben wir erfahren, dass zum Beispiel die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt nicht nach Afghanistan abschiebt. Das Verwaltungsgericht München und einige andere Verwaltungsgerichte raten wegen der gefährlichen Lage dort sogar dringend davon ab - zum Beispiel das VG Kassel von 29.8.2006: „Extreme Gefahrenlage für allein stehende Rückkehrer".
Die Nachrichten, die Samirs Betreuerin von ihm erhalten hat, bestätigen seine ausweglose Lage und die Befürchtung, dass es für ihn keine menschenwürdige Zukunft in Afghanistan gibt.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Anfrage zu der Sitzung der Integrationskommission am Dienstag, den 20.3.2007:

Wieso hat die Stadt Nürnberg nicht, wie dies andere Städte auch tun, angesichts der sich zuspitzenden Lage in Afghanistan die Duldung für Samir Zazay verlängert?
Warum hat insbesondere der Leiter der zuständigen Ausländerbehörde, Herr Kuch, so massiv auf die Abschiebung gedrängt?

Wie viele Jugendliche, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Nürnberg gekommen sind, befinden sich in einer ähnlichen Situation wie Samir Zazay, und wie gedenkt die Stadt hier zukünftig zu verfahren?

Begründung:

100 % Recycling-Papier

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Samir Zazay hat es in seinen knapp 7 Jahren in Deutschland –trotz einer schwierigen, von Kriegswirren verheerten Kindheit und rudimentärer Schulbildung- geschafft, sich gut zu integrieren und den Hauptschulabschluss und eine Ausbildung als Teilzurichter zu absolvieren. Das Einzige, was man ihm vorwerfen könnte, ist, dass er verzweifelt versucht hat in Deutschland bleiben zu können und seiner Abschiebung zu entgehen. Das ist, wenn man sich mit seiner Biographie beschäftigt, menschlich sehr gut nach zu vollziehen. Vermutlich hätte jeder von uns in seiner Lage genauso gehandelt.

Da die aktuelle Bleiberechtsregelung alleinstehenden Flüchtlingen erst ab 8 Jahren Aufenthalt die Chance auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht einräumt, dürften auch andere Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge davon betroffen sein, die wie Samir im Alter von 13 oder 14 Jahren nach Nürnberg kamen. Würde für Samir, wie dies für Familien gilt, auch die 6-Jahres-Regel anwendbar sein, hätte er bereits die Chance für einen dauerhaften Aufenthalt gehabt.
Die 8-Jahres-Regelung benachteiligt also unbegleitete minderjährige Flüchtling in besonderem Maße.

Vor diesem Hintergrund treten wir nachdrücklich dafür ein, dass sich die Stadt Nürnberg sowohl für eine Rückkehr von Samir Zazay nach Deutschland als auch für die kürzere 6-Jahresfrist für die einsetzt, die als UMF nach Nürnberg gekommen sind, weil diese sonst überhaupt keine Chance für einen dauerhaften Aufenthalt bekommen.

Und wir erwarten für die Zukunft, dass jeder mögliche Spielraum, nicht nach Afghanistan abzuschieben, von der Stadtspitze der „Stadt der Menschenrechte“ und der Verwaltung genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Gödelmann

Hiltrud Gödelmann
Stadträtin